

Rechtspopulismus, Rassismus, Sexismus

Zeit für emanzipatorische Konzepte



Foto: Stephanie Handtmann

Vor vier Jahren schrieb Detlev von Larcher an dieser Stelle: »Ungeliebt, aber dennoch von der SPD-Basis abgesegnet, ist sie wieder da: Die große Koalition.« Dieses Szenario wird vermutlich in Kürze wiederkehren, allerdings mit wichtigen Unterschieden. Der Einfluss der Opposition von Linke und Grünen im Bundestag wird dann noch kleiner sein als damals. Inzwischen sitzen dort auch wieder Abgeordnete der aggressiv neoliberalen FDP, und mit dem Einzug der AfD sind erstmals auch offen rassistische und fremdenfeindliche Positionen im Parlament vertreten.

Dass dies ohne gesellschaftlichen Aufschrei vorstatten ging, zeigt, wie sehr sich das politische Klima auch bei uns bereits nach rechts verschoben hat. Die der AfD gewährte mediale Aufmerksamkeit, auflagenstarke Publikationen des rechten Spektrums und sich gut verkaufende Bücher, wie »Mit Rechten reden«, haben zu deren Verharmlosung und zur Akzeptanz ihrer Positionen beigetragen. Parallel zu ihrem Einzug in die Parlamente verfolgt die Partei die Strategie, in Medien, Universitäten, Behörden und Betrieben Fuß zu fassen. Wie damit umgehen?

Eine demokratische und offene Gesellschaft gegen Rechtspopulismus zu verteidigen ist richtig.

Darüber hinaus gilt es, unsere Gegnerschaft zu jeder Art von rassistischen und sexistischen Positionen klar in der Öffentlichkeit auszudrücken, bis hin zu Aktionen des zivilen Ungehorsams. Unser Kernanliegen muss es jedoch sein, angesichts weltweit zunehmender Verelendung in Ländern des Südens durch Kriege und ökologische Zerstörung, aber auch hinsichtlich unzureichender Existenzsicherung hierzulande, die Ursachen hierfür zu benennen. Diese bestehen im Kern in einer Politik, die auf Wirtschaftswachstum, Profitmaximierung und Konkurrenz ausgerichtet ist, die Konzerne, Vermögende und Finanzmarkt-Akteure begünstigt und weltweit zu steigender sozialer Ungleichheit, Naturzerstörung und Klimawandel, Krieg und Flucht führt.

Es geht also nicht um nationale Herkunft – wie die Rechten uns glauben machen wollen – es geht immer und immer wieder um die skandalöse Verteilung des Reichtums. Es geht um die Kluft zwischen Oben und Unten. Dies lässt sich global an Freihandelsabkommen zeigen, beispielsweise mit afrikanischen Ländern, von denen große Konzerne und lokale Eliten profitieren, auf Kosten der Bevölkerung dieser Länder. Hierzulande zeigt sich diese Kluft an

Inhalt

Interview

Klimagerechtigkeit und Braunkohle – 2 – Hintergrund

Maßnahmen gegen Steuerflucht – 3 – Europa

Neuer Diskurs zur EU-Debatte – 4 – International

»Binding Treaty« als Chance – 5 – Kalender

Rückblick und Ausblick – 6/7 – Portrait

Junge Menschen in Attac – 8 – Aktiv

Bildungsmaterial Kapitalismus – 9 – Bundesfinanzminister vs. Attac – 10 – Kiosk

Attac Basistext 50 – 11 –

sozialen Widersprüchen, wie der unzureichenden Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum bei gleichzeitig maßloser Bereicherung durch Immobilienspekulation, oder an der prekären Situation bei der Pflege, als Folge der Privatisierung und den damit verbundenen Profitinteressen.

Als Alternative dazu bedarf es emanzipatorischer Konzepte, die attraktiv sind und Lust auf Teilnahme und Beteiligung machen. Daran wird Attac weiterhin arbeiten und so versteht Attac seine europapolitischen Aktivitäten in diesem Jahr, mit dem bundesweiten Kongress im Oktober als Höhepunkt. Mittelfristig wird es zentrales Anliegen bleiben, uns mit Mut und Konfliktbereitschaft daran zu beteiligen, Bedingungen für solidarische und naturverträgliche Produktions- und Lebensbedingungen zu schaffen.

Hermann Mahler, Attac-Koordinierungskreis, Attac-AG Jenseits des Wachstums

Konstruktive Alternativen

Klimagerechtigkeit beginnt mit dem Ausstieg aus der Kohle

Im November 2017 fand in Bonn die 23. Weltklimakonferenz COP23 statt, gebührend begleitet von der Klimagerechtigkeitsbewegung, in der viele Gruppen weltweit gegen die globale Klimakatastrophe mobil machen. Die Attac-AG Energie, Klima, Umwelt (EKU) und die AG Jenseits des Wachstums haben sich in die Proteste in und um Bonn eingebracht. Mit dabei waren Emilio Weinberg und Achim Heier, beide im Attac-KoKreis.

Lieber Emilio, lieber Achim, was ist für Euch der wesentliche Erfolg der Mobilisierung nach Bonn?

Achim: Wir von Attac haben auf der großen Demo am 4. November 2017 in Bonn einen Block »System Change, not Climate Change« und »Wohlstand ohne Wachstum ist möglich« gebildet und damit einen eigenen Impuls gesetzt. Das geht inhaltlich über das hinaus, was die meisten NGOs gefordert haben. Für unsere Aktionen während des COP23-Gipfels unter dem Motto »Schluss mit dem faulen Zauber – Wir vertreiben die bösen Klima-Geister« haben wir auch Zuspruch von vielen offiziellen COP23-Delegierten bekommen. Etliche Attacies waren am 5. November 2017 bei der Ende-Gelände-Besetzung eines Braunkohletagebaus dabei. Damit haben wir das Klimagerechtigkeitsthema stärker in Attac verankert und gleichzeitig unsere Impulse in die Bewegung getragen.

Im Hambacher Forst im rheinischen Braunkohlerevier will die RWE trotz aller Klimawarnungen am Kohleabbau festhalten. Deshalb werden hier regelmäßig Aktionen durchgeführt, um den Forst zu retten. Haben die Proteste Sand ins Getriebe streuen können?

Emilio: Sehr, sehr viel Sand. Die Waldbesetzung »Hambacher Forst« ist jetzt schon seit fast sechs Jahren ein wichtiger Kristallisationspunkt der Anti-Kohle-Bewegung. Neben Demos und Mahnwachen gibt es seit 2010 vielfältige direkte Aktionen im Rheinischen Braunkohlerevier: Gleisbesetzungen der Kohlebahnen, Besetzungen der Tagebauen Hambach und Garzweiler und ihrer gigantischen Bagger oder Blockaden der Zufahrtsstraßen der Braunkohlekraftwerke. Die Unterstützung der Waldbesetzung durch Bürgerinitiativen, Ausge-CO2ht, Ende Gelände, verschiedenen NGOs und auch durch Attac Köln hat dazu beigetragen, dass nach den zahlreichen Räumungen immer wieder eine Neu-Besetzung möglich wurde. Die »Rote Linie«, bei der 2016 und 2017 tausende Menschen eine schützende Menschenkette um

den Forst gebildet haben, und die Aktionen des massenhaften Zivilen Ungehorsams von Ende Gelände am 5. November 2017 mit über 4000 TeilnehmerInnen haben aus meiner Sicht den gerichtlich erstrittenen vorläufigen Rodungsstopp mitbewirkt.

Die Klimagerechtigkeitsbewegung ist ja nicht erst mit der COP21 in Paris entstanden. Könt Ihr die Entwicklung und ihre wesentlichen Forderungen kurz vorstellen?

Emilio: Unter dem Klimawandel leiden ja bekanntlich die Menschen im Globalen Süden am meisten, obwohl sie am wenigsten dazu beigetragen haben. Diejenigen, die hier im Globalen Norden mit ihrer sogenannten imperialen Lebensweise dazu beigetragen haben, haben tendenziell mehr Ressourcen, um sich vor den Folgen zu schützen. Aber auch im Globalen Norden leiden viele nicht-privilegierte Menschen mehr unter Umweltproblemen, wie unter Luftschadstoffen, als die Eliten. Dieser Sachverhalt wird als Klima-Ungerechtigkeit erlebt.

Der US-amerikanische Indigenenaktivist und Gründer des Indigenous Environmental Network, Tom Goldtooth, formulierte in den 1990er Jahren erstmalig die Forderung nach Klimagerechtigkeit. 2004 kamen im südafrikanischen Durban mehrere Gruppen und Netzwerke zusammen, die die Kritik an den kapitalistischen bzw. marktbasierenden Scheinlösungen der Klimakatastrophe teilten, vor allem am Emissionshandel. Sie gründeten die Durban Group for Climate Justice. Zum endgültigen Durchbruch kam es dann auf der 13. Klimakonferenz in Bali im Jahr 2007. Dort entstand das Netzwerk Climate Justice Now!, dessen Forderungen auch heute noch aktuell sind:

- fossile Brennstoffe im Boden lassen, stattdessen in erneuerbare Energien investieren;
- verschwenderischen Überkonsum drastisch reduzieren, vor allem im globalen Norden, aber auch in Bezug auf südliche Eliten;
- massive Finanztransfers vom Norden in den Süden, als Rückzahlung der Klimaschulden;
- auf Menschenrechten basierende Ressourcenschonung und Durchsetzung indigener Landrechte;
- nachhaltige, kleinbäuerliche Landwirtschaft und Ernährungssouveränität.

Welche Rolle spielt Attac in dieser Bewegung? Was ist unser spezieller Beitrag?

Achim: Die bundesweite EKU-AG von Attac ist seit vielen Jahren in der Bewegung für Klimagerechtigkeit aktiv, auch wenn unser Attac-



Foto: Attac.de

Schwerpunkt 2015/16 »Globale Armut und Naturzerstörung solidarisch überwinden« nicht richtig gezündet hat. Nach Bonn haben wir auf der Attac-Ratssitzung beschlossen, das Thema »Sozial-ökologischer Umbau« stärker in den Mittelpunkt der Attac-Arbeit zu rücken. Wird auch Zeit, denn auf einem toten Planeten hat auch alles Andere keinen Zweck mehr.

Welche Ziele setzt Ihr Euch für 2018?

Achim: Als AG »Jenseits des Wachstums« wollen wir auf unserem Europa-Kongress Anfang Oktober in Kassel den sozial-ökologischen Umbau als Herausforderung für alle emanzipatorischen Kräfte in Europa einbringen und uns zu europaweitem Handeln für Klimagerechtigkeit vernetzen.

Emilio: Ich persönlich finde es wichtig, neben der weiteren Intensivierung des Widerstands im Rheinischen Revier vor allem konstruktive Alternativen in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Fragen der Arbeitsplätze und des »sozial-verträglichen« Ausstiegs aus der Braunkohle sind hier zu thematisieren. Zusammen mit den »Gewerkschafter*innen für den Klimaschutz« müssen wir den direkten Kontakt zu den MitarbeiterInnen von RWE suchen. Im April soll es in Jülich eine Veranstaltung geben zur Frage der sozial-ökologischen Transformation, exemplarisch konkret bezogen auf das Rheinische Braunkohle-Revier.

Interview: **Lena Bröckl**

Gegen Steuerflucht ist ein Kraut gewachsen

Warum wir eine Gesamtkonzernsteuer brauchen



Foto: Herbert Sauerwein

Ein Dutzend Skandale in zehn Jahren: Paradise-Papers, Malta-Files, Bahamas-Leaks, Football-Leaks, Panama-Papers, Swiss-Leaks, Lux-Leaks, Offshore-Leaks, Lagarde-Liste, Liechtenstein-Affäre und diverse Steuer-CDs. Konzerne und Superreiche verschieben schamlos Milliarden, die Politik scheint nicht in der Lage, dagegen vorzugehen. Karl-Martin Hentschel von der Attac-AG Finanzmärkte und Steuern erläutert unsere zentrale Forderung nach einer Gesamtkonzernsteuer.

Betrachten wir die Bayer AG: Sie hatte 1990 in Leverkusen noch 123 Millionen Euro Steuern gezahlt, 2015 waren es 28 Millionen Euro. Dabei war der Gewinn von 532 Millionen Euro auf 4,11 Milliarden Euro auf das Achtfache gestiegen.

Die Verschiebung von Gewinnen gelingt Konzernen durch verschiedene Tricks. Meist werden ein Handel zwischen einem Tochterunternehmen in Deutschland und einer Tochter in einer Steueroase simuliert oder die Preise für interne Geschäfte manipuliert.

So kann ein Pharmakonzern das Patent für ein Krebsmedikament über eine Tochterfirma in einer Steueroase anmelden. Für Produktion und Verkauf des Medikaments in Deutschland erhält das Tochterunternehmen in der Steueroase hohe Gebühren für die Nutzung des Patents, wodurch der Gewinn in die Steueroase fließt.

Warum ist das möglich?

Das Verfahren heißt Fremdvergleichsgrundsatz. Dabei betrachten die Steuerbehörden jede Tochtergesellschaft für sich und beurteilen, ob der Handel innerhalb eines Konzerns aufrichtig und fair ist. Praktisch ist dies aber nicht zu kontrollieren und ergibt oft auch kein realistisches Bild von der Profitabilität dieser Tochter.

Nehmen wir als Beispiel Ikea, einen anderen bekannten Konzern, der systematisch Steuern vermeidet: Die Finanzbeamten müssten den Handel mit über 12.000 Artikeln zwischen über 400 Tochtergesellschaften nachvollziehen und prüfen, ob die intern verrechneten Preise angemessen sind. Dabei geht es nicht nur um Regale oder Betten. Es geht auch um Versicherungen für Möbelgeschäfte und Lager, um Finanzdienstleistungen und Kredite, um Services wie Buchhaltung, Steuerberatung, Katalogerstellung, Werbung, Produktdesign, um Leasing- und Patentgebühren und um Franchising für das Logo von Ikea. Es ist offensichtlich, dass selbst ganze Abteilungen von Steuerprüfern damit überfordert wären. Deshalb ist der Fremdvergleichsgrundsatz grundlegend gescheitert.

Was ist die Lösung?

Das Konzept der Gesamtkonzernsteuer (Unitary Taxation) ist eine andere Art der Besteuerung, die viele der Probleme löst, wenn auch nicht

alle. Dabei schauen Finanzbehörden nicht auf die einzelne Tochtergesellschaft, sondern auf den gesamten Konzern. Die Profite des multinationalen Konzerns werden dann rechnerisch aufgeteilt auf jedes Land, in dem der Konzern tätig ist, unter Benutzung einer Formel, die die tatsächlichen wirtschaftlichen Aktivitäten in diesem Land berücksichtigt. Leider enthält der aktuelle Entwurf noch eine Reihe Löcher, die korrigiert werden müssen.

Wenn zum Beispiel ein Konzern 10 Milliarden Euro Profit erzielt und 10 Prozent seines Umsatzes, seiner Angestellten und seines fixen Kapitalvermögens (wie Maschinen) in Deutschland hat, dann hätte der Fiskus das Recht, 1 Milliarde Euro zu besteuern. Selbst wenn der Konzern seinen gesamten Gewinn auf den Bermudas ausweist, nützt ihm das nicht, wenn er dort nur einen Briefkasten ohne Angestellte, Verkäufe und fixes Kapital hat. Denn dann würde den Bermudas kein Gewinn zugeordnet.

Die Gesamtkonzernsteuer kann von jedem Land einseitig eingeführt werden, auch ohne dass eine Formel zur Gewinnaufteilung international vereinbart wird. In der EU liegt seit sechs Jahren ein fertiges Gesetz vor, dem das Parlament mit großer Mehrheit zugestimmt hat. Aber die Nationalstaaten – allen voran die Steueroasen, aber eben auch Deutschland, blockieren.

Weitere Maßnahmen

Darüber hinaus bzw. auf dem Weg dahin schlägt Attac ein Bündel von Maßnahmen vor, die entweder national, im Rahmen der EU oder durch internationale Verträge durchgesetzt werden können. Dazu gehören folgende Schwerpunkte:

- Transparenz: Öffentliches Unternehmensregister, länderspezifische Berichte der Konzerne, Automatischer Kontodatenabgleich;
- Rechtsverschärfungen: Unternehmensstrafrecht, persönliche Haftbarkeit von Verantwortlichen und Beratern, Lizenzentzug von Banken, Whistleblower-Gesetz;
- Steuervollzug: mehr Personal, Bundessteuerverwaltung für große Konzerne;
- Steuerrecht: Quellensteuern für Auslandsüberweisungen, Finanztransaktionssteuer, Mindeststeuersätze, Verbot von Patentboxen, real progressive Unternehmens-, Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer.

Karl-Martin Hentschel, Attac-AG Finanzmärkte und Steuern

www.attac.de/konzernbesteuerung

Sieben Thesen für eine neue EU-Debatte



Das Europa, das wir kennen, ist nicht das Europa, das wir wollen. Deshalb organisiert Attac zusammen mit Kooperationspartnern vom 5. bis 7. Oktober 2018 einen Kongress an der Universität Kassel: »Ein anderes Europa ist möglich – demokratisch, friedlich, ökologisch, feministisch, solidarisch!« Unter diesem Titel wollen wir gemeinsam die brennenden Fragen der EU-Krisen, das Verhältnis der EU zu Gesamteuropa beleuchten und Wege diskutieren, wie wir zu einem friedlichen, sozial gerechten, demokratischen und ökologisch zukunftsfähigen Kontinent kommen.

Das Thema ist im emanzipatorischen Lager kontrovers. Wir wollen im Geist einer pluralen Mosaik-Linken alle Strömungen zu Wort kommen lassen, aber vor allem nach gemeinsamen Handlungsmöglichkeiten suchen.

Zur Vorbereitung hier ein erster Debattebeitrag von Lisa Mittendrein von Attac Österreich. Er basiert auf dem Buch »Entzauberte Union. Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist«. Lisa Mittendrein, Ralph Guth und Julianna Fehlinger von Attac Österreich stellen Anfang März bei einer Lesereise das Buch vor.

1. Die positiven Seiten der EU dürfen uns nicht davon abhalten, grundlegende Kritik an ihr zu üben.

Die EU hat auch positive Aspekte, wie Transferleistungen oder die Freiheit, in andere EU-Länder zu reisen. Doch wir dürfen diese Vorteile nicht blind bejubeln. Denn den positiven Aspekten steht die problematische Handelspolitik, Wirtschafts- und Kürzungspolitik, die Flüchtlings- oder Militärpolitik gegenüber. Die positiven Seiten sind auch in sich widersprüchlich – und existieren meist nur solange sie dem Wettbewerb dienen.

2. Neoliberale Wirtschaftspolitik ist der Kern der EU. Daher ist sie nicht in unserem Sinn reformierbar.

Der Kern der EU-Politik ist die neoliberale wirtschaftliche Integration. Das zeigen die Eckpfeiler der EU, etwa die Funktionsweise des Euro, der Binnenmarkt und die Budgetregeln. Sie heizen den Standortwettbewerb an und setzen Löhne, Sozialstandards sowie Steuern auf Profite und Vermögen unter Druck.

Eine grundlegende Reform der EU ist heute eine Illusion. Um die Verträge zu ändern, braucht es die Einstimmigkeit aller Länder – angesichts der aktuellen Kräfteverhältnisse ist das unmöglich. Halten wir dennoch an dieser Perspektive fest, stärken wir die Legitimität der real existierenden, neoliberalen EU. Indirekt helfen wir damit sogar den Rechten, denn wir überlassen es ihnen, als Einzige eine grundlegende Kritik an der EU zu üben.

3. »Mehr Europa« bedeutet heute immer »mehr Neoliberalismus« und ist daher abzulehnen.

Solange der neoliberale Kern der EU nicht infrage gestellt wird, vertieft jeder neue Integrationsschritt die problematische Ausrichtung. Die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion – oft als »mehr Europa« bezeichnet – ist eine Gefahr, keine Lösung. »Mehr Europa« heißt heute mehr autoritärer Neoliberalismus und immer öfter auch mehr Militär. Es bietet keine Chance für eine radikale Umgestaltung von unten.

4. Die Frage, ob ein Austritt aus EU und Euro sinnvoll ist, stellt sich in jedem Land anders. In Österreich ist das derzeit keine gute Option.

Aufgrund der Erfahrungen Griechenlands wird die Frage des Austritts bei sozialen Bewegungen in Südeuropa vermehrt diskutiert. Wenn es innerhalb des Euros keinen Spielraum für progressive Wirtschaftspolitik gibt, kann der Austritt ein notwendiger Schritt sein. In Österreich ist diese Forderung hingegen vor allem von der Rechten besetzt. Unter den aktuellen Machtverhältnissen würde ein Austritt heute, ähnlich wie in Großbritannien, keine Spielräume für emanzipatorische Politik öffnen, sondern sie sogar weiter verengen. Daher halten wir bei aller Kritik an EU und Euro den Austritt Österreichs derzeit für keine sinnvolle Forderung.

5. Der Gegensatz »Mehr EU oder zurück zum Nationalstaat« ist falsch und führt uns in die Irre.

Erstens gibt es keine allgemeinen nationalstaatlichen oder europäischen Interessen. Es

gibt Interessensgegensätze verschiedener Klassen und gesellschaftlicher Gruppen und damit verbunden unterschiedliche politische Ziele. Zweitens sind Nationalstaat und EU auf institutioneller Ebene und im politischen Prozess nicht trennbar. Wir müssen sie als ineinander verwachsene Blöcke begreifen. Nationale Regierungen nutzen die EU gezielt, um neoliberale Politik im Interesse wirtschaftlicher Eliten durchzusetzen. Drittens fördert gerade die neoliberale Politik der EU den Nationalismus. Ihre Kürzungspolitik bereitet dem Aufstieg der Rechten den Boden.

6. Auch die Rechten stehen für neoliberale Politik – nur noch autoritärer. Das müssen wir entlarven und angreifen.

Die EU-Strategien der Rechten sind vielfältiger geworden. Ob die rechts regierten Visegrád-Staaten, die Lega Nord oder die FPÖ: Die Rechten wollen ausgewählte Elemente des Neoliberalismus vertiefen und noch autoritärer durchsetzen. Sie haben keineswegs vor, mit dieser Politik tatsächlich zu brechen. Die Rechten bauen an einem Europa, in dem Waren und Kapital weiterhin frei zirkulieren sollen, während die Grenzen für Menschen neu hochgezogen werden.

7. Wir brauchen Strategien, die uns hier und jetzt handlungsfähig machen.

Es bringt uns nicht weiter, auf eine fundamentale Reform der EU zu hoffen, wenn die dafür nötigen Mehrheiten in der Realität in immer weitere Ferne rücken. Stattdessen sollten wir fragen:

- Welche Spielräume gibt es innerhalb der bestehenden Strukturen und Institutionen, und wofür müssen wir Alternativen von unten aufbauen?
- Welche Themen eignen sich, um in der EU sowie in den Mitgliedsstaaten Brüche zu erzeugen, die uns neue Handlungsspielräume eröffnen?
- Wie können wir die Kräfteverhältnisse verändern und die nötige Macht aufbauen, sodass emanzipatorische Politik möglich wird?

Lisa Mittendrein, Referentin für Finanzmärkte, Eurokrise und Steuerpolitik bei Attac Österreich

Termine für die Lesereise:

Montag, 5. März 2018 in **Rosenheim**
 Dienstag, 6. März 2018 in **Frankfurt**
 Mittwoch, 7. März 2018 in **Stuttgart**
 Donnerstag, 8. März 2018 in **Freiburg**
 Freitag, 9. März 2018 in **München**
 Samstag, 10. März 2018 in **Erfurt**

Die Menschenwürde ist unantastbar –
außer im Interesse der globalen Wirtschaft?

Höchste Zeit für den »Binding Treaty«!



Foto: Helga Reimund

Sind Landraub, Vergewaltigungen, Sklaverei, Folter, Mord, Kriegsverbrechen oder schwerste Umweltzerstörungen, die der lokalen Bevölkerung die Lebensgrundlage entziehen, in Ordnung, wenn Unternehmen dadurch Rohstoffe oder Kostenvorteile auf liberalisierten und deregulierten globalen Märkten gewinnen? Seltsame Frage – natürlich nicht. Und doch ist all das in etlichen globalisierten Branchen keine Seltenheit und auch kein Geheimnis mehr: Ein Großteil der Weltkakaoernte wird in Westafrika von Kindern produziert. Die Gewinnung der seltenen Erden, ohne die etwa unsere Smartphones nicht funktionieren, wird in der Demokratischen Republik Kongo von Milizen betrieben, in deren Konflikten bislang über eine Million Menschen starben. Große Bergbaukonzerne, die nach wie vor auch die deutschen Konzerne Uniper und RWE zu ihren Kunden zählen können, sind für Landvertreibungen und Morddrohungen in Kolumbien verantwortlich. Viele großflächige Agrarinvestitionen im gesamten globalen Süden sind ebenfalls mit Landraub und Repression verbunden. Extreme Ausbeutung, Sklaverei (etwa in Südin Indien) sowie unwürdige und nicht selten tödliche Arbeitsbedingungen prägen große Teile der globalen Textilproduktion.

Alle diese und viele weitere Probleme sind konkret belegt. Aber: Es sind keine bloßen Einzelfälle. Wie zahllose Studien ebenfalls zeigen, liegt ihnen ein System der Verantwortungslosigkeit und Straffreiheit zugrunde, das seiner-

seits auf der einseitigen, neoliberalen Globalisierungspolitik der letzten Jahrzehnte beruht. Diese hat weltweite Konkurrenz geschaffen und damit auch den grenzüberschreitenden Handlungsspielraum und die Verhandlungsposition der Konzerne vergrößert, ohne zugleich deren Verantwortlichkeit auch für das Handeln ihrer Tochtergesellschaften und Zulieferer im globalen Süden sicherzustellen. Ja, mit der Welthandelsorganisation WTO und den nachfolgenden bilateralen Handels- und Investitionsschutzabkommen bis hin zu CETA und Co. wurden die Handels- und die Investitionsfreiheit sogar mit rechtlich viel stärkeren Durchsetzungsmechanismen versehen, als sie für den Menschenrechtsschutz gelten. Obwohl anerkanntermaßen höchstes rechtliches Gut, sind die Menschenrechte damit heute faktisch auf den zweiten Rang verwiesen.

Doch es tut sich etwas. Mitte 2014 beschloss der UN-Menschenrechtsrat die Einsetzung einer zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines rechtsverbindlichen völkerrechtlichen Vertrags (»Binding Treaty«), um den Menschenrechten in der globalisierten Produktion endlich wirkungsvoll Geltung zu verschaffen. Zuletzt fand im Oktober in Genf die dritte Arbeitstagung statt. Freilich verweigern sich die USA nach wie vor gänzlich, und auch die Rolle der EU und ihrer Mitgliedsstaaten ist wenig konstruktiv bis destruktiv. Dabei hat das Europäische Parlament schon mehrmals seine Unterstützung für den Treaty Prozess bekundet,

1974–1993

UN Center und Commission on Transnational Corporations bemühen sich vergeblich um einen globalen Verhaltenskodex.

2003–2005

Der Vorschlag für verbindliche UN-Normen scheidet auch am starken Widerstand der globalen Wirtschaft und des globalen Nordens.

2011

Als unverbindliche Alternative beschließt der UN-Menschenrechtsrat die UN-Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechten, die ihrerseits die Erstellung Nationaler Aktionspläne (NAP) vorsehen. Anders als in Frankreich und einigen anderen Staaten kann in Deutschland kein verbindliches nationales Gesetz durchgesetzt werden. Die ebenfalls 2011 überarbeiteten OECD-Leitsätze erlauben immerhin Beschwerden gegen multinationale Unternehmen wegen Nichteinhaltung.

2014

Der UN-Menschenrechtsrat beschließt die Einsetzung einer »Beteiligungsoffenen zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe zu transnationalen Konzernen und anderen Wirtschaftsunternehmen mit Bezug auf Menschenrechte«. Der »Treaty-Prozess« beginnt.

2018

Nach der dritten Arbeitstagung ist die Fortsetzung unsicher. Ohne politischen Druck könnte die EU den Prozess abwürgen.

und auch SPD, Grüne und Linke haben sich in ihren Wahlprogrammen zur letzten Bundestagswahl weitgehend dazu bekannt.

Als Teil der Treaty Alliance Deutschland fordert Attac, dass ein künftiger Vertrag unter anderem

- die Pflicht der Staaten vorsieht, die bei ihnen ansässigen Unternehmen gesetzlich zur Achtung der Menschenrechte zu verpflichten, auch in ihren Auslandsgeschäften, Tochterunternehmen und Lieferketten;
- Betroffenen effektiven Rechtsschutz gewährt;
- festlegt, dass die Pflichten aus dem UN-Menschenrechtsabkommen Vorrang vor den Verpflichtungen aus Handels- und Investitionsschutzabkommen haben.

Der »Binding Treaty« ist eine wertvolle Chance. Aber diese muss genutzt werden! Auch von der Deutschen Bundesregierung und unseren Abgeordneten in Land, Bund und EU!

Dr. Thomas Köller, Attac-AG Welthandel & WTO

www.attac.de/binding-treaty



Aktion gegen Steuertricks von Apple in Köln, Foto: Herbert Sauerwein



»Schluss mit dem faulen Zauber« in Bonn, Foto: Herbert Sauerwein

Rückblick

1. November 2017

Zahlt die 13 Milliarden zurück!

Aktion gegen Steuertricks von Apple

Attac-AktivistInnen machen auf die Steuertricks von Apple aufmerksam. Sie bemalen die Schau- fenster eines Apple-Stores in Köln mit abwasch- barer Farbe und sprühen Forderungen wie »Zahlt die 13 Milliarden zurück«, »Pay your Taxes« und »Steuertricks stoppen« auf die Scheiben.

2. November 2017

Petition für legale Anerkennung von Attac Marokko

Attac Marokko kämpft um seinen legalen Status. Zur Unterstützung startet das Europäische Attac-Netzwerk eine Petition. Attac Marokko ist immer wieder massiven Repressionen aus- gesetzt. Attac-Mitglieder wurden wiederholt zu Gefängnisstrafen verurteilt.

3. bis 7. November 2017

KlimaaktivistInnen aus aller Welt beim People's Climate Summit

Im Vorfeld der UN-Weltklimakonferenz Cop23 tref- fen sich Klima-AktivistInnen aus der ganzen Welt zum People's Climate Summit in Bonn. Attac richtet das Treffen mit aus. Die TeilnehmerInnen fordern, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen.

11. November 2017

Demo »Schluss mit dem faulen Zauber – No Climate Change!«

Pünktlich zum Karnevalsauftakt startet in Bonn die Klimademonstration »Schluss mit dem faulen Zauber – No Climate Change«. Der von Attac Bonn mit organisierte bunte Demozug zieht direkt vor den Tagungsort der UN-Klimakonferenz.

1. Dezember 2017

Argentinien schließt NGOs von WTO-Konferenz aus

Argentinien schließt dutzende NGO-Vertreter- Innen vom Gipfel der Welthandelsorganisation aus. Attac protestiert gemeinsam mit Organisa- tionen aus der ganzen Welt.

2. Dezember 2017

Proteste gegen AfD-Parteitag: Aufstehen gegen Rassismus

Das von Attac mitgegründete Bündnis »Aufste- hen gegen Rassismus« demonstriert beim Par- teitag der AfD in Hannover gegen deren men- schenverachtende Positionen.

4. Dezember 2017

Stop Tax Dodging Report: Deutschland Teil des Problems

Deutschland und andere europäische Staaten spielen eine tragende Rolle beim internati- onalen Steuersenkungswettbewerb und sträuben sich gegen die Bekämpfung von Steuerhinter- ziehung. Das zeigt der neue Stop Tax Dodging Report von Eurodad.

6. Dezember 2017

Huffschmid-Preis für ausgezeichnete Debattenbeiträge verliehen

Für ihre Beiträge zur Debatte über alternative Ökonomie werden Dr. Ulaş Şener und Etienne Schneider mit dem Jörg-Huffschmid-Preis 2017 ausgezeichnet, den unter anderem der Wissen- schaftliche Beirat von Attac vergibt.

6. Dezember 2017

Attac-Buch über G20-Gipfel erscheint

»Die Gipfelproteste in Hamburg – Global gerecht statt G20!«, so heißt das Buch, mit dem Attac kritisch Rückschau hält auf das Geschehen beim Gipfeltreffen.

7. Dezember 2017

»Kapitalismus – oder was?« Neues Attac-Bildungsmaterial

Unter dem Titel »Kapitalismus – oder was? Über Marktwirtschaft und Alternativen« veröffent-

licht Attac sein Bildungsmaterial für Schule und die außerschulische Bildung.

12. Dezember 2017

WTO: Industrieländer wollen mehr Macht für Amazon, Google & Co.

Die Agenda der WTO-Ministerkonferenz in Buenos Aires wird von den Interessen der Kon- zerne dominiert. Amazon, Google und Co. sollen noch mehr Macht erhalten. Attac setzt sich für Alternativen zur WTO ein.

18. Dezember 2017

EU-Kommission nimmt Steuertrickser Ikea unter die Lupe

Die EU-Kommission will Ikea wegen unzuläs- siger Steuerpraktiken überprüfen – ein Erfolg für die kritische Zivilgesellschaft.

20. Dezember 2017

Bundesfinanzministerium behindert Gemeinnützigkeit von Attac

Der Bundesfinanzhof lässt die Revision gegen das Urteil des Hessischen Finanzgerichts zu, das Attac für gemeinnützig erklärt hat. Treibende Kraft ist das Bundesfinanzministerium.

11. Januar 2018

Verurteilung von LuxLeaks-Whistleblower aufgehoben

Der Luxemburger Kassationshof hebt die Bewährungsstrafe für LuxLeaks-Whistleblower Antoine Deltour auf. Attac fordert ein Gesetz, das Whistleblower schützt.

11. Januar 2018

Klagen gegen Verfassungsbruch beim G20-Gipfel

Betroffene und AnwältInnen kündigen bei einer Pressekonferenz Klagen gegen Grundrechtsver- letzungen bei den G20-Protesten in Hamburg an. Anhand von Einzelfällen wollen sie feststel- len lassen, dass Versammlungsverbote und Poli- zeieinsätze rechtswidrig waren.



Proteste gegen die WTO in Buenos Aires, Foto: Roland Süß



LuxLeaks-Whistleblower Antoine Deltour, Foto: Stephanie Handtmann

17. Januar 2018

Attac-Aktive klagen gegen gewaltsamen G20-Polizeieinsatz

Drei Attac-Aktive klagen gegen einen gewaltsamen Polizeieinsatz während der G20-Proteste: Als friedlich Demonstrierende wurden sie so verletzt, dass sie im Krankenhaus behandelt werden mussten.

20. Januar 2018

33.000 Menschen bei Demonstration »Wir haben es satt!«

»Wir haben es satt!« sagen 33.000 Menschen, die in Berlin für eine Agrarwende auf die Straße gehen. Attac beteiligt sich mit einem eigenen Block unter dem Motto »Menschenrechte vor Profit – UN Binding Treaty« an der Demo.

23. bis 26. Januar 2018

Ideologische Scheuklappen beim Weltwirtschaftsforum

Absurd: Die TeilnehmerInnen des Weltwirtschaftsforums in Davos wollen die Folgen des neoliberalen Wachstumswahns mit noch mehr Wirtschaftswachstum bekämpfen. Die Notwendigkeit eines sozial-ökologischen Umbaus wird ignoriert.

Ausblick

17. Februar 2018

Anti-Siko-Proteste in München: Frieden statt Aufrüstung! Nein zum Krieg!

Tausende gehen in München gegen die so genannte Sicherheitskonferenz (Siko) auf die Straße. Das Treffen hochrangiger VertreterInnen aus Politik, Militär, Wirtschaft und Rüstungsindustrie ist ein Forum zur Rechtfertigung der Rüstungsausgaben und völkerrechtswidrigen Kriegseinsätze der Nato. Attac ruft zu dem Protest mit auf.

10. März 2018

Regionaltreffen der Attac-Gruppen Ost in Erfurt

Der Regionaltag ist ein Angebot für Attac-AktivistInnen und Interessierte, die mehr über Attac, die Gruppen in der Umgebung und ihre Themen erfahren wollen.

www.attac.de/was-ist-attac/strukturen/attac-netzwerk/regionalgruppen/termine

24. bis 25. März 2018

Frühjahrsratschlag in Bamberg

Der Ratschlag ist das höchste Entscheidungsgremium von Attac. Die Aktiven legen die inhaltlichen Schwerpunkte der kommenden Monate fest. Themen sind der geplante Europa-Kongress, Aktivitäten zum zehnten Jahrestag der Finanzkrise und die Kampagne »Mach mit bei Attac«.

www.attac.de/ratschlag

28. April 2018

Attac-Regionaltreffen Niedersachsen und Bremen in Osnabrück

Attac-Aktive und Interessierte aus Niedersachsen und Bremen kommen zum Regionaltag in Osnabrück zusammen.

www.attac.de/was-ist-attac/strukturen/attac-netzwerk/regionalgruppen/termine

9. bis 13. Mai 2018

Aktionsakademie in Schwäbisch-Hall

Ob Adbusting, Straßentheater, Rebel-Clowning, Tanzdemo oder Kletterkurs: Die Aktionsakademie ist »die« Bildungsveranstaltung von Attac für kreative Protestformen.

www.attac.de/aktionsakademie

21. Mai bis 2. Juni 2018

Frieden geht! Staffellauf 2018 gegen Rüstungsexporte

Deutschland ist der drittgrößte Exporteur von Kleinwaffen und fünftgrößter Exporteur von Großwaffensystemen. Die TeilnehmerInnen

des Staffellaufs von Oberndorf nach Berlin fordern ein Exportverbot für Rüstungsgüter. Attac gehört zu den Trägerorganisationen.

www.frieden-geht.de

1. Juni 2018

20 Jahre Attac (Frankreich)

Die Wiege von Attac steht in Frankreich: Vor 20 Jahren, am 3. Juni 1998, gründete sich dort die Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens. Grund, gemeinsam in Paris zu feiern.

31. Juli bis 4. August 2018

Attac-Sommerakademie in Frankfurt am Main

Die Sommerakademie ist die zentrale Bildungsveranstaltung von Attac. Unter dem Motto »1918–1968–2018: Zeiten für Veränderung – Wo bleibt die Revolution?« bietet sie Vorträge, Diskussionen und Workshops zu klassischen Themen der Globalisierungskritik wie zu aktuellen Entwicklungen, ein buntes Kulturprogramm und viele Gelegenheiten zu intensiven Begegnungen.

15. September 2018

Zehn Jahre Finanzkrise: Kapital endlich an die Leine legen

Zehn Jahre Lehman Brothers: Mit europaweiten Aktionen rund um den Jahrestag des Beginns der globalen Finanzkrise fordert Attac, Banken und Finanzmärkte endlich streng zu regulieren.

5. bis 7. Oktober 2018

Europa-Kongress in Kassel

»Ein anderes Europa ist möglich!«. Unter diesem Motto treffen sich beim Europa-Kongress von Attac alle, die an einer Debatte über Wege zu einem friedlichen, sozialen, geschlechtergerechten und ökologischen Europa interessiert sind.

Mehr Informationen zu den Terminen:

www.attac.de/veranstaltungen

Menschen in Attac

Attac braucht junge Menschen!

Sabine Lassauer, 26, ist Sozialwissenschaftlerin und seit Herbst 2017 Mitglied im Koordinierungskreis von Attac. Wir haben mit ihr über ihren Weg zu Attac und den anstehenden G20-Prozess gesprochen.

Sabine, wie bist Du zu einer politischen Aktivistin geworden?

Ich bin zu einem kritischen Menschen erzogen worden; meine Eltern denken sehr politisch und stehen der Anti-AKW- und Friedensbewegung nahe. Ich hatte schon immer einen ausgeprägten Gerechtigkeitsinn und habe mich bereits als Kind vor allem in der Umwelt- und Naturschutzbewegung engagiert, mit Krötensammeln und allem, was dazugehört (lacht). Als Teenager war mir das dann zu wenig, ich wollte mich auch inhaltlich mehr mit Politik beschäftigen. Ich habe mich vorübergehend deshalb aus dem aktiven Engagement zurückgezogen, habe viel gelesen, mich mit vielen verschiedenen Menschen ausgetauscht: Ich wollte meine Position in der Frage finden, wie die Welt besser gestaltet werden könnte. Ungefähr 2013 habe ich mir dann einige linke Bewegungen und Organisationen genauer angeschaut: Welche entspricht mir und meinen Ansichten am besten?

Und da kamst Du zu Attac?

Ich hatte interessanterweise erst eine kurze Phase, in der ich bei den Mahnwachen in Köln dabei war, die ich inzwischen kritisch sehe. Anfänglich gefiel mir, dass sie in der Ukraine-Krise einen Gegenpunkt gesetzt haben; nach einigen Monaten wurde es mir aber dort zu krude. Zeitgleich zu meinem Ausstieg dort hatte sich in Köln eine Attac-Hochschulgruppe gegründet. Da habe ich mir Attac das erste Mal genauer angeguckt.

Was mir von Anfang an gut gefallen hat, war der inhaltlich plurale Ansatz, dass verschiedene Denkrichtungen akzeptiert sind und diskutiert werden. Außerdem kann man als Regional- oder auch Campusgruppe relativ unabhängig aktiv sein und bekommt trotzdem Unterstützung von der Bundesebene. Als recht Unerfahrene fand ich es schön, vom Know-how anderer profitieren zu können.

Zur Bundesebene kam ich erst durch mein Praktikum im Bundesbüro. Ich wollte mir dabei vor allem ein Bild davon machen, was dort eigentlich alles passiert. Während meines Praktikums habe ich alle dort schätzen und lieben gelernt. Außerdem habe ich dabei auch mehr darüber erfahren, wie die ehrenamtliche Bundesebene funktioniert und strukturiert ist. Und ich habe gemerkt, dass dort Leute fehlen, die Lust und Zeit haben, sich einzubringen. Die Arbeit dort ist eben manchmal träger

als in aktionsorientierten Regionalgruppen, aber eben auch sehr wichtig. Um wirkungsmächtig zu arbeiten, müssen wir an einem Strang ziehen; es ist gut, wenn die Fäden bundesweit zusammenlaufen. Deshalb engagiere ich mich jetzt auch auf Bundesebene und bin seit 2017 Mitglied im Koordinierungskreis.

Du warst auch in Hamburg bei den G20-Protesten dabei. Aktuell hast Du gemeinsam mit zwei anderen Attacies eine Klage gegen einen gewaltsamen Polizeieinsatz eingereicht. Wie kam es dazu?

Ich war in Hamburg mit zwei anderen Leuten aus der Attac-Hochschulgruppe unterwegs. Am Aktionstag haben wir uns den Blockaden angeschlossen. Als Teil des so genannten Roten Fingers sind wir in Richtung Blockadepunkt gestartet. Noch auf dem Weg dorthin wurden wir von der Polizei angegriffen; uns wurde im Vorfeld weder signalisiert, dass wir nicht weiterdürfen, noch wurden wir angesprochen oder mit deeskalativen Maßnahmen am Weitergehen gehindert. Stattdessen sprangen die Einsatzkräfte aus den Bussen, versperrten die Straße und gingen direkt mit Knüppeln und Pfefferspray auf uns los. Wir wurden alle drei verletzt und mussten ärztlich versorgt werden; ich selbst habe eine Platzwunde am Kopf davongetragen.

Ich war total entsetzt. In dieser Massivität hatte ich das vorher weder erlebt, noch hätte ich es erwartet; vor allem nicht bereits auf dem Weg zur Blockade und ohne Vorwarnung gegenüber einer bunten, friedlichen Gruppe.

Die ersten öffentlichen Diskussionen nach dem Gipfel befassten sich in erster Linie mit den Ausschreitungen im Schanzenviertel. Uns war wichtig, dass die Polizeigewalt auch außerhalb des linken Spektrums thematisiert wird – deshalb diese Klage.

Kürzlich wurde bekannt, dass in einem G20-Prozess aussagende Polizisten im Vorfeld Einblick in die Zeugenaussagen ihrer Kollegen nehmen durften. Das stimmt nicht gerade hoffnungsvoll. Was erwartest Du Dir vom Ausgang des Prozesses?

Natürlich hoffen wir, dass festgestellt wird, dass dieser Einsatz rechtswidrig war, denn davon sind wir überzeugt. Für uns waren diese Tage von Polizeigewalt geprägt, nicht von Gewalt von Seiten der Demonstrierenden. Das in den öffentlichen Diskurs einzubringen ist für uns entscheidend: Ein solches polizeiliches Vorgehen darf nicht normalisiert werden, weil es die Grundrechte auf Versammlungsfreiheit und körperliche Unversehrtheit massiv verletzt – eine große Gefahr für unsere



Demokratie, die nur mit zivilgesellschaftlichem Engagement funktioniert.

Nach diesem Rückblick auf G20 noch eine abschließende Frage nach vorn: Wie siehst Du Attac in der Zukunft?

Ich denke, Attac muss sich verändern können, um zukünftig politisch schlagkräftig zu bleiben. Viele Außenstehende, mit denen man spricht, haben den Eindruck, Attac sei eine StudentInnenorganisation. In der Realität ist es vielmehr so, dass bei Aktionen zwar mehr junge Menschen beteiligt sind, aber gerade in den bundesweiten Gremien der Altersdurchschnitt sehr hoch ist. Das liegt unter anderem daran, dass diese Gremienarbeit so zeitaufwändig ist und viele sie erst leisten können, wenn sie nicht mehr berufstätig sind. Und auch den Regionalgruppen könnten mehr junge, neue Leute gut tun. Die inhaltliche Pluralität, die ich so schätze, spiegelt sich in Attac noch nicht entsprechend in der Vielfältigkeit der Menschen, die dort zusammenkommen, wider. Das ist für mich ein kritischer Punkt, an dem ich beitragen möchte etwas zu verändern, damit unsere Zusammensetzung heterogener wird. Wir brauchen neue, vielfältige Impulse, die auch kulturell im Hier und Jetzt verwurzelt sind und Attac lebendig und kreativ halten. Ich versuche deshalb gerade, meinen Schwerpunkt auf die Gewinnung junger Menschen für Attac zu setzen. Wir haben dazu aktuell eine kleine Projektgruppe gegründet, die sich Gedanken macht zu der Frage, wie wir für junge Menschen attraktiver werden können.

Der aktuelle Koordinierungskreis ist der jüngste aller Zeiten – das macht doch Hoffnung! Ich wünsche Euch viel Erfolg mit diesem Projekt und danke Dir für das Gespräch.

Interview: **Jule Axmann**

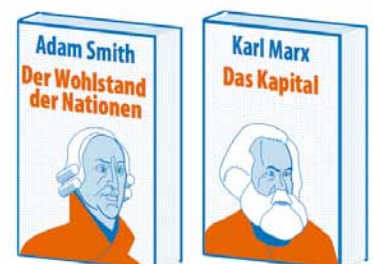
Attac-Bildungsmaterial zu Kapitalismus

»Kapitalismus heute? Das steht nirgends auf dem Lehrplan. Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft? Das kommt nur gelegentlich vor«, stellte Reinhold Hedtke kürzlich in einem Blogbeitrag fest. Der Bielefelder Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften und Wirtschaftssoziologie sieht dies kritisch, denn beide Themen sind hochaktuell. Sie »konfrontieren nicht nur Gesellschaft und Politik mit drängenden Fragen, sondern auch die Lernenden: Wie will ich leben, wie kann ich leben, wie muss ich leben?«. Das neue Attac-Bildungsmaterial »Kapitalismus – oder was? Über Marktwirtschaft und Alternativen« bietet zahlreiche Ansatzpunkte, sich diesen Themen im Unterricht (Sekundarstufe I und II), aber auch in Seminaren von Gewerkschaften, Verbänden und anderen Bildungseinrichtungen zu nähern. Die zahlreichen Arbeitsblätter und Methoden sind so konzipiert, dass sie an Lehrplanthemen wie »Soziale Marktwirtschaft« oder »Marktformen« anschließen, zugleich aber grundsätzliche Fragen zur Funktionsweise des Kapitalismus aufwerfen: Was bedeutet eigentlich Marktwirtschaft und was Kapitalismus? Was hat das Geschlechterverhältnis mit der Wirtschaftsordnung zu tun? Welche Formen von Eigentum gibt es, welche wollen wir? Ist Wachstum noch zeitgemäß? Wohin entwickelt sich der Kapitalismus derzeit? Und schließlich: Welche Alternativen werden aktuell in sozialen Bewegungen diskutiert und erprobt? Stichworte sind dabei Postwachstumsökonomie, Vergesell-

schaftung, Care Revolution, Wirtschaftsdemokratie, Commons, Genossenschaften und partizipatorische Ökonomie. Damit wird der Fokus auf die politische Gestaltbarkeit der Wirtschaftsordnung gelegt. Denn der Vergleich unterschiedlicher Wirtschaftsordnungen, wie er in vielen Lehrplänen vorgesehen ist, wirkt selbst entpolitizierend, wenn er allein anhand von gescheiterten historischen Systemen angestellt wird. Relevant wird er durch den Bezug auf die Probleme der heutigen Wirtschaftsordnung und auf aktuelle Ansatzpunkte zu ihrer Veränderung. Eine solche Auseinandersetzung muss »selbstverständlich ergebnisoffen (sein), denn«, so noch einmal Reinhold Hedtke, »in demokratischen Gesellschaften ist es ausdrücklich erlaubt, den Kapitalismus und das kapitalistische Leben zu lieben«. Das »gilt erst recht für die Schule und den Unterricht«. Aber ebenso ist es in demokratischen Gesellschaften erlaubt, den Kapitalismus zu kritisieren, ihn abzulehnen und sich politisch für andere Formen von Wirtschaft und Gesellschaft einzusetzen. In diesem Sinne sollen die Attac-Materialien zu einem produktiven Dissens beitragen. Sie zielen auf Bildungsprozesse, in denen die Teilnehmenden über die ökonomische Verfassung unserer Gesellschaft streiten und sich darauf vorbereiten, die Positionen, die sie dabei entwickeln, als mündige BürgerInnen in demokratischen Prozessen zur Geltung zu bringen.

Wie in den vorangegangenen Teilen der Reihe »Wirtschaft demokratisch gestalten lernen« wurde auch dieses Mal besonderer Wert auf aktivierende Methoden und kooperative Lernformen gelegt. Eine Besonderheit in der dritten Ausgabe sind acht Interviews mit prominenten AutorInnen aus sechs Ländern, die sich in den vergangenen Jahren zur Spezifik des Kapitalismus, seiner aktuellen Entwicklung und möglichen Zukunftsszenarien geäußert haben, nämlich mit Alberto Acosta, Brigitte Aulenbacher, Klaus Dörre, Susan George, Jayati Ghosh, Ulrike Herrmann, Paul Mason und Robert Misik. Auf der Website werden drei Interviews im englischen Original für den bilingualen Unterricht bereitgestellt. Zudem finden sich dort Videos zu den Alternativ-Ansätzen, die via Smartphone, Tablet oder PC in den Unterricht oder in Bildungsworkshops eingebunden werden können. Das rund 140 Seiten umfassende Attac-Bildungsmaterial »Kapitalismus – oder was?« erscheint sowohl online als auch gedruckt. Die Druckversion kann im Attac-Webshop (www.attac.de/shop) für 13 Euro bestellt werden. Auf der Internetseite www.attac.de/bima stehen die Materialien als PDF-Dokumente sowie einige zusätzliche Materialien kostenlos zum Download bereit. Die Veröffentlichung wurde von der IG Metall, der Otto-Brenner-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt.

Holger Oppenhäuser, Attac-Bundesbüro, Bildungsarbeit



Bundesfinanzminister ./ Attac

Attac-Gemeinnützigkeit: Neverending Story



Foto: Stephanie Handtmann

Fast vier Jahre nach ihrem Entzug und über ein Jahr nach dem gewonnenen Gerichtsentscheid ist der Kampf um die Wiedererlangung der Gemeinnützigkeit von Attac noch lange nicht ausgestanden.

Wir erinnern uns: Mit der Behauptung, Attac sei zu politisch, entzog das Finanzamt Frankfurt Attac im Frühjahr 2014 die Gemeinnützigkeit. Insbesondere der Einsatz für eine Finanztransaktionssteuer oder eine Vermögensabgabe diene keinem gemeinnützigen Zweck. Im November 2016 gab das Hessische Finanzgericht in Kassel der Klage von Attac statt: Das politische Engagement des Netzwerks stehe seiner Gemeinnützigkeit an keiner Stelle entgegen, vielmehr sei politische Betätigung dann erlaubt, wenn sie kein Selbstzweck sei, sondern der Erfüllung der Satzungszwecke diene. Es gebe auch keine steuerrechtliche Trennlinie zwischen Gemeinnützigkeit und politischer Betätigung, wie vom Finanzamt behauptet. Die Trennlinie verlaufe tatsächlich zwischen Gemeinnützigkeit und politischen Parteien. Vielmehr seien viele gemeinnützige Zwecke in ihrem Kern politisch, zum Beispiel Gleichberechtigung, Umweltschutz oder Hilfe für Flüchtlinge.

Trotz des eindeutigen Urteils hatte der Bundesfinanzminister das Finanzamt angewiesen, Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision einzulegen. Dieser wurde im Dezember entsprochen, und im Januar trat das Finanzministerium formal als Beteiligter in das Verfahren ein. Das bedeutet, dass die juristische Auseinandersetzung nicht mehr allein zwischen dem Finanzamt und Attac ausgetragen wird. Nun prozessiert auch der Bundesfinanzminister direkt gegen Attac und möchte nach eigenen Angaben die grundsätzliche Haltbarkeit des Kas-

seler Urteils überprüfen lassen. Die bittere Ironie liegt darin, dass der Minister damit ausgerechnet einer Organisation, die sich für die Finanztransaktionssteuer, für Steuergerechtigkeit und gegen Steuerflucht einsetzt, die Gemeinnützigkeit absprechen will.

Wir sind optimistisch, dass der Bundesfinanzhof der Sichtweise Attacs und des Hessischen Finanzgerichts folgen wird und dass dieses Urteil am Ende einen Impuls in Richtung rechtlicher Klarstellung gibt. Mit dem Revisionsverfahren wird die Klärung jedoch auf dem Rücken von Attac und seinen UnterstützerInnen ausgetragen, die ihre Spenden weiterhin nicht von der Steuer absetzen können. Um Rechtssicherheit für gemeinnützige Organisationen zu schaffen und die Zivilgesellschaft zu stärken, bräuhete es kein höchstrichterliches Urteil, sondern einzig politischen Willen: Die Abgabenordnung und der zugehörige Anwendungserlass als gesetzliche Grundlage müssen endlich angepasst werden, damit sie gesellschaftlichen Realitäten und Notwendigkeiten entsprechen.

Die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung sieht in ihrem Artikel »Schlechtes Vorbild Deutschland« im Vorgehen der Bundesregierung gegen Attac ähnliche Merkmale wie sie Länder mit einem sehr restriktiven Verständnis von zivilgesellschaftlichem Engagement aufweisen. »Mit der Entscheidung des Bundesfinanzministeriums, einen politischen Grundsatzstreit auf dem Rücken einer regierungskritischen NGO von der Justiz klären zu lassen, statt ihn im Parlament auszutragen, unterminiert die Bundesregierung die globalen Anstrengungen zur Verteidigung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume.« Die legale Grauzone, die die deutsche Abgaben-

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 160 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.

Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter »Mitmachen«.

Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter: 069-900 281-10

Aktionsakademie: Kreativen Protest leben – und erleben

9. bis 13. Mai 2018: Schwäbisch Hall ruft, denn auf gute Aktionen können wir bauen. Polittheater, kreative Infostände, aufmerksamkeitsweckendes Adbusting, Training für die nächste ungehorsame Aktion: Die Aktionsakademie hat viel zu bieten für globalisierungskritisch Bewegte, die gerne auf die Straße gehen und ihre Inhalte mitnehmen. Auf der Aktionsakademie entstanden schon viele neue Projekte und Kampagnenideen, und immer konnten die TeilnehmerInnen etwas mitnehmen für ihre Arbeit vor Ort. In Workshops und längeren Kursen vermitteln erfahrene TrainerInnen das Handwerkszeug für kreativen Protest: Planung und Realisierung von digital bis theatralisch. Am Samstag geht es dann in die Praxis, und das Gelernte wird unter realen Bedingungen ausprobiert.

Unser Austragungsort ist die Waldorfschule in Schwäbisch-Hall. Wir versorgen Euch mit vegan/vegetarischen Mahlzeiten, einem kulturellen Rahmenprogramm und der Möglichkeit, sich bei Yoga oder Meditation zu entspannen. Das Städtchen selbst ist bekannt für seine Altstadt und eine große Bausparkasse und bietet eine vielfältige AktivistInnenszene.

Alle Informationen und viele Impressionen:

www.aktionsakademie.de

ordnung etablierte, funktioniere ähnlich wie die bewusst vagen Verbote politischer Aktivitäten in restriktiven Staaten wie Russland oder die Türkei. »Ein Gemeinnützigkeitsrecht, das von Spenden abhängige NGOs auf vermeintlich »unpolitische« Bereiche festlegt, operiert im Prinzip nach derselben Logik.« Der Fall Attac passe genau in das Phänomen der »Shrinking Spaces«, der schrumpfenden bzw. sich schließenden Freiräume für zivilgesellschaftliches Engagement.

Stephanie Handtmann, Geschäftsführerin im Attac-Bundesbüro

www.attac.de/jetzt-erst-recht
<http://t1p.de/Artikel-HSK-Attac>

Aus dem Attac-Shop

Attac Basistext 50

Werner Rätz / Dagmar Paternoga

Zukunftsmodell Grundeinkommen?

Recht auf Teilhabe, soziale Sicherung und ein wenig Utopie

Die Arbeitswelt befindet sich in einem grundlegenden Wandel. Der unaufhaltsame Digitalisierungstrend und die fortschreitende Automatisierung der Produktionsabläufe (Industrie 4.0) lassen die Menschen sorgenvoll in die Zukunft blicken. Die Angst geht um: Nehmen Roboter meine Arbeit weg, werde ich bald wegdigitalisiert? Um Menschen auch in Zukunft eine umfassende soziale Sicherung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen zu können, wird schon seit Langem kontrovers über das bedingungslose Grundeinkommen diskutiert, in dem nicht wenige das Zukunftsmodell der sozialen Sicherungssysteme sehen.

Nicht nur in Finnland wird derzeit in einem Pilotprojekt mit dem Grundeinkommen experimentiert. Auch hierzulande werden diesbezüglich Überlegungen angestellt. So will beispielsweise die schwarz-grün-gelbe Koalition in Schleswig-Holstein in einem »Zukunftslabor« über neue Formen der sozialen Absicherungen diskutieren.

Unter Linken und auch in der globalisierungskritischen Bewegung besteht zwar ein breiter Konsens für ein Grundrecht auf eine umfas-

sende soziale Sicherung und Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum, doch die Vorstellungen über seine Ausgestaltung gehen weit auseinander.

Wie könnte ein Bedingungsloses Grundeinkommen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge genau aussehen? Dieser Frage geht dieser AttacBasistext nach und diskutiert neuere Ansätze. Denn eine andere Welt muss ein gutes Leben aller ermöglichen. Deshalb umfasst Globalisierungskritik immer auch die Suche nach gemeinsamen Antworten auf die individuellen Unsicherheiten des Lebens. Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle könnte eine solche sein.

Werner Rätz und Dagmar Paternoga arbeiten in der Attac-AG »Genug für alle«.

96 Seiten, EUR 7.00



Bestellungen online unter www.attac.de/shop, telefonisch unter 069-900 281-10 oder per Fax an 069-900 281-99.

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Ver-
einzwecke elektronisch erfasst, verarbei-
tet und gespeichert und nicht an Unbe-
rechtigte weitergegeben. Die Daten von
Mitgliedern werden – bei Einwilligung –
der jeweiligen Attac-Regionalgruppe
für ihre politische Arbeit zugänglich
gemacht.

Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten
an die Regionalgruppen von Attac weiter-
gegeben werden, wenden Sie sich bitte
an uns unter: Tel.: 069-900 281-10
E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne
alle Fragen zum Thema Datenschutz.
Außerdem steht Ihnen als externer
Ansprechpartner der von Attac bestellte
Datenschutzbeauftragte zur Verfügung:
datenschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-900 281-10
Fax: 069-900 281-99
E-Mail: info@attac.de
Produktion: Attac Trägerverein e. V.
Redaktion: Jule Axmann, Lena Bröckl,
Frauke Distelrath, Stephanie Handtmann,
Achim Heier, Hermann Mahler,
Gabriele Rohmann
V.i.S.d.P.: Stephanie Handtmann

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069-900 281-10
oder per E-Mail an:
info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Steuertricks stoppen! Bilanzen offenlegen!

Amazon, Apple, Ikea, VW ... die Liste der Konzerne, die fast keine Abgaben an den Staat leisten, während sie gleichzeitig satte Gewinne einfahren, ist lang. Staaten entgehen durch Steuertricksereien großer Konzerne rund 500 Milliarden Dollar. Dieses Geld brauchen wir dringend: für Bildung, Bekämpfung von Armut und Klimawandel, Gesundheitsprogramme und vieles mehr – weltweit!

Zurzeit ist viel von den Steuervermeidungsstrategien von Apple die Rede: Durch Extraregelungen in Irland, wo der europäische Hauptsitz von Apple liegt, wird der größte Teil der Profite aus den Geschäften des Unternehmens innerhalb der Europäischen Union gar nicht besteuert. So hat Apple im Jahr 2014 lediglich 0,005 Prozent Steuern auf seine Gewinne in der EU gezahlt. Und das ist nur ein Beispiel von vielen.

Dieser Irrsinn muss gestoppt werden! Konzerne müssen einen angemessenen Beitrag leisten für die Gesellschaft, von deren Infrastruktur sie profitieren und in der sie riesige Gewinne machen! Wir brauchen eine grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung und eine Gesamtkonzernsteuer. Bei dieser müssen transnationale Konzerne eine einheitliche Bilanz vorlegen, sodass die Gewinne den Staaten entsprechend der wirtschaftlichen Aktivitäten der Konzerne zugeordnet und besteuert werden können. Mit Deiner finanziellen Unterstützung hilfst Du Attac dabei, dafür Druck zu machen – durch Informationsmaterial, Pressearbeit, Veranstaltungen, Protestkundgebungen und Aktionen, wie zuletzt gegen Amazon und Apple.

Schluss mit geheimen Bilanzen und Gewinnverschieberei – Deine Spende hilft dabei!



Foto: Attac München / Hagen Pfaff

Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter www.attac.de/spenden kannst Du uns ganz unkompliziert unterstützen. Herzlichen Dank!

Hinweis

Attac verfolgt satzungsgemäß gemeinnützige Zwecke; 2014 entzog das Finanzamt Frankfurt Attac die Gemeinnützigkeit. 2016 bestätigte das Hessische Finanzgericht die Gemeinnützigkeit von Attac. Gegen dieses Urteil hat das Finanzamt auf Weisung des Bundesfinanzministeriums Beschwerde eingelegt. Nun kommt es zu einem Revisionsverfahren vor dem Bundesfinanzhof an dem neben dem Finanzamt auch das Finanzministerium Prozessgegner ist. Erst wenn Attac dieses Revisionsverfahren gewinnt, können wieder Zuwendungsbestätigungen ausgestellt werden.

Mehr Infos dazu unter www.attac.de/spenden/aktuell

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF1801

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE